Stadt Kamen

Niederschrift

über die 4. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, dem 12. September 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Frau Bartosch
- Frau Dyduch
- Frau Lungenhausen
- Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU
- Frau Jacobsmeier
- Frau Scharrenbach
- Herr Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen
- Frau Hartmann
- Herr Kaczmarek
- Herr Schlaweck
- Herr Theis
- Herr Töpfer

Beratendes Mitglied FDP
- Herr Büchel

Beratendes Mitglied BG
- Herr Milewski

Beratende Mitglieder
- Herr Krampe

Verwaltung
- Herr Brüggemann
- Herr Dunker
- Herr Güldenhaupt
- Frau Harmsma

entschuldigt fehlten
Herr Brumberg
Frau Diester
Herr Hinterseer
Herr Kalle
Herr Kampmann
Frau Lübke
Herr Maidorn
Herr Suk
Herr Treese
Herr Weigel
Frau Dr. Winzer-Milo

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Referenten, die Ausschussmitglieder sowie die anwesende Presse. Sodann stellte sie den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zunächst wurde Herr Milewski als neues Jugendhilfeausschussmitglied verpflichtet.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach der nachfolgenden Tagesordnung verfahren wurde:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Drogenhilfeangebot in Kamen hier: Bericht der Anonymen Drogenberatung Unna, Herr Klöpper	
2.	Ermittlungsgruppe "Jugendkriminalität" der Kreispolizeibehörde Unna hier: Antrag der CDU-Fraktion Bericht des Leiters der Ermittlungsgruppe, Herrn Eggenstein	
3.	Fortbestand der Jugendhilfe in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
4.	Bericht über die Ferienaktionen 2002	
5.	Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2002	177/2002
6.	Antrag der Kath. Kirchengemeinde "St. Marien", Kamen-Methler, auf Gewährung eines Zuschusses zu den Betriebskosten des Jugendfreizeitheimes mit TOT.	178/2002
7.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Drogenhilfeangebot in Kamen
hier: Bericht der Anonymen Drogenberatung Unna, Herr Klöpper

Frau **Dyduch** begrüßte die Referenten, Herrn Klöpper und Frau Voss-Budde, von der Anonymen Drogenberatung Unna.

Herr **Klöpper** berichtete, dass sich die Arbeit der Anonymen Drogenberatung seit der Gründung bis heute im Bereich der Drogenhilfe auf die Grundversorgung für Drogenabhängige im Kreis Unna konzentriert hat. Gemeint sei besonders die Bedarfsdeckung durch 3 Beratungsstellen und 2 Außensprechstunden in Selm und Kamen, um die ambulante Beratung und Begleitung sicherzustellen. Zu dem klassischen Aufgabenfeld der Therapievorbereitung und Vermittlung seien neue Aufgaben hinzugekommen, wie z.B. die psychosoziale Begleitung von Methadon-Substituierten Klienten im Kreisgebiet. Des Weiteren würde das Land NRW bis zum 31.12.2002 eine Soforthilfe-Koordinationsstelle (1/2 Personalstelle) fördern, die neben der Therapievermittlung auch dazu eingesetzt werden soll, um die „Methadon-Strukturen“ im Kreis Unna und deren Vernetzung zu verbessern. Im Bereich der Suchtvorbeugung wäre momentan eine aktive Prophylaxefachkraft eingesetzt. Im Bereich der niederschwelligen Angebote wäre im Kreis Unna mit der finanziellen Absicherung eines Kontaktladens ein großer Schritt getan worden.

Die Beratung der Anonymen Drogenberatung (ADU) fände in Kamen in den Räumen der Diakonie statt. Es fände eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Substitution statt. Es wären letztes Jahr 52 Personen begleitet worden. Das Problem wäre nur, dass in Kamen durch die Ärzte kaum die Bereitschaft bestände, im Bereich der Substitution die Arbeit der ADU zu unterstützen.
In Unna dagegen gab es im letzen Jahr über 7.800 Besucherkontakte im Kontaktladen, davon über 150 Stammkontakte. Hier seien über 10.000 Spritzen getauscht worden. Es wurde ein steigender Konsum von Jugendlichen im Bereich der weichen Drogen festgestellt. Des Weiteren hat eine engere Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe stattgefunden. Unter der haushaltswirtschaftlichen Sperre sei es jedoch schwer, das Angebot aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus fällt eine Stelle im Bereich der Sofortvermittlung weg.

Frau **Voss-Budde** sagte, dass es alle 14 Tage eine offene Sprechstunde der ADU in den Räumen der Diakonie in der Zeit von 9-12 Uhr gäbe. Da es sich um das Nachfolgeangebot der KASI handelt, wären schon viele Kontakte vorhanden gewesen, so dass eine Vielzahl von Dauerklienten bestände. Aufgrund der Nachfrage sei diese Sprechstunde offen gestaltet worden. Das Angebot der ADU würde besser genutzt. Des Weiteren würden die Zeitungen auf die Sprechstunde aufmerksam machen.

Frau **Jacobsmeier** erkundigte sich, ob es sich bei den Besucherkontakten ausschließlich um Betroffene handeln würde oder ob auch Eltern das Beratungsangebot wahrnehmen würden.

Frau **Voss-Budde** erklärte, dass die Beratung alle Gruppen wahrnehmen würden.

Frau **Scharrenbach** fragte, ob auch im Hinblick auf die finanzielle Situation eine Zusammenarbeit im Bereich der Prävention mit den Schulen oder Streetworkern stattfände.

Frau **Voss-Budde** antwortete, dass dies meistens leider nur auf Anfrage möglich wäre, da nur eine Fachkraft in Lünen eingesetzt wäre. Jedoch könne man auch immer Informationen unter der Internetadresse www.adu-online.de abrufen.

Herr **Klöpper** ergänzte, dass die Zusammenarbeit mit den Schulen darauf ausgerichtet sei, dass die Lehrkräfte selbstständig mit dem Thema arbeiten können. Darüber hinaus sei Prävention bei den Schulen aber im Allgemeinen kein beliebtes Thema, da die Schulen auch einem Wettbewerb unterliegen würden.

Frau **Voss-Budde** merkte an, dass einmalige Präventionsangebote darüber hinaus sogar schädlich sein könnten, da diese zumeist die gegenteilige Wirkung erzielen.

Herr **Büchel** erkundigte sich, in welchem Alter sich die Drogensüchtigen in Kamen befinden würden.

Herr **Klöpper** antwortete , dass es 397 Verurteilungen über 21 Jahre gab. 185 wären unter 21 Jahre, 99 unter 17 Jahre und 6 im Alter zwischen 12 und 13 Jahre gewesen.

Frau **Bucek** fragte, wie viel Mitarbeiter der ADU zur Verfügung ständen.

Herr **Klöpper** entgegnete, dass die Soforthilfestelle von Frau Schmidt, wie schon erwähnt, zum 31.12.2002 auslaufen werde. Insgesamt seien 15 Mitarbeiter tätig.

Frau **Lungenhausen** wollte wissen, welche Anzahl es an Elternberatungen durch die ADU gäbe.

Frau **Voss-Budde** erklärte, es gäbe pro Mitarbeiter in der Einzelhilfe durchschnittlich 2 Elternberatungstermine pro Woche, die aber meistens weiche Drogen umfassen. Des Weiteren gäbe es ein konstantes Niveau an telefonischen Beratungen.

Frau **Jacobsmeier** meinte, dass sie die 6 Verurteilungen der Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 13 Jahren als sehr hoch ansehen würde und erkundigte sich daher, wie es mit der Prävention für die Altersgruppe aussehen würde.

Frau **Voss-Budde** wies darauf hin, dass die Prävention vielmehr nach den Institutionen wie z.B. Schule und Jugendzentren ausgerichtet sei. Ein Haupteinstiegsgrund für Jugendliche seien meistens Zigaretten. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich wären Zigaretten aufgrund der aufgestellten Automaten hier für Jugendliche frei zugänglich.

Herr **Klöpper** ergänzte, dass es die meisten Ermittlungsverfahren wegen Cannabiskonsum gäbe, was zu einen hohen Beratungsaufwand und vielen Strafverfahren führen würde.

Frau **Bartosch** erkundigte sich, ob eine Kriminalisierung der Jugendlichen durch Auflockerung von Gesetzen entgegengewirkt werden könnte.

Frau **Voss-Budde** entgegnete, dass in NRW bereits bei einigen Delikten von einem Ermittlungsverfahren abgesehen werden könnte. Es solle, nach ihrer Meinung, nicht auf eine Legalisierung sondern auf eine Entkriminalisierung hinauslaufen.

Herr **Klöpper** ergänzte, dass man nicht außer Acht lassen solle, dass Drogenkonsum auch immer gesundheitliche Folgen mit sich bringen würde.

Frau **Lungenhausen** fragte, inwieweit eine Vernetzung und Zusammenarbeit umsetzbar wäre.

Herr **Klöpper** antwortete, dass Ansatzpunkte in Kamen schon vorhanden wären. Eine kreisweite Lösung wäre wünschenswert und das Ziel für die nächsten 10 Jahre.

Zu TOP 2.

Ermittlungsgruppe "Jugendkriminalität" der Kreispolizeibehörde Unna
hier: Antrag der CDU-Fraktion
Bericht des Leiters der Ermittlungsgruppe, Herrn Eggenstein

Frau **Dyduch** begrüßte Herrn Eggenstein von der Kreispolizeibehörde Unna.

Herr **Eggenstein** erklärte, dass er momentan noch keine konkreten Zahlen zu der Ermittlungsgruppe „Jugendkriminalität“ vorlegen könnte, da das Projekt noch nicht abgeschlossen sei. Die Auflösung der Ermittlungsgruppe erfolge am 01.10.2002. Das Projekt sollte zunächst 6 Monate andauern und wurde schließlich auf insgesamt ein Jahr verlängert. Ziel des Projektes sei es, jugendliche Täter leichter zu erkennen, indem personenbezogen und nicht deliktbezogen ermittelt wird. Es habe sich gezeigt, dass die personenbezogene Ermittlung sinnvoll wäre. Durch die gute Zusammenarbeit mit den Behörden und Institutionen gäbe es auch eine Verbesserung der Arbeitsabläufe. So müsste nun für die Staatsanwaltschaft und die Jugendgerichtshilfe nur noch ein Bericht gefertigt werden, wo vorher verschiedene Berichte erstellt wurden. Wie schon erwähnt, lägen noch keine endgültigen Daten vor, jedoch könne man schon sagen, dass die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen in dem Jahr von 28% auf 25% gesunken seien. Das Projekt hätte ebenfalls gezeigt, dass es sehr häufig auch Mädchen, entgegen den Erwartungen, als Straftäter gäbe. Durch das Projekt hätte es auch einen erhöhten Austausch mit den Jugendämtern gegeben, die zu einem besseren Berichtswesen geführt hätten. Des Weiteren hätte es bisher schon positive Rückmeldungen von den Schulen gegeben, da die Projektgruppe auch da eingreifen konnte, wo die Schule selbst nicht mehr helfen konnte. Darüber hinaus gab es auch bei den Eltern überwiegend positive Rückmeldungen. In diesem Jahr sind nun sehr viele Daten gesammelt worden, die nun ausgewertet werden müssten. Anhand der Daten müsste dann geprüft werden, wie damit umzugehen sei. Die Einrichtung einer zentralen Stelle wäre z.B. eine Möglichkeit.

Frau **Jacobsmeier** erkundigte sich, ob das Projekt aufgrund der finanziellen Mittel nur auf ein Jahr begrenzt war.

Herr **Eggenstein** entgegnete, dass es zum einen auslaufen würde, da es sich ja um ein Projekt handele, zum anderen seien mangelndes Personal bzw. die begrenzten Mittel ausschlaggebend.

Herr **Schlaweck** fragte, ob sich die 28% der jugendlichen Straftäter mehr in deutsche oder ausländische Täter aufteilten.

Herr **Eggenstein** entgegnete, dass es sich die Waage halten würde.

Herr **Büchel** wollte wissen, ob die Brutalität seiner Meinung nach in den letzten 10 Jahren zugenommen hätte.

Herr **Eggenstein** antwortete, dass er nicht wüsste, ob die Brutalität gerade in den letzten 10 Jahren zugenommen hätte. Das Projekt hätte aber wie erwähnt schon gezeigt, dass es auch eine Menge weiblicher Straftäter gäbe, mit denen er nicht gerechnet hätte.

Zu TOP 3.

Fortbestand der Jugendhilfe in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass es vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes notwendig sei, für den Fortbestand der Jugendhilfe Szenarien zu entwickeln.

Herr **Brüggemann** sagte, dass die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen. Es sei in den Gremien bereits darauf hingewiesen worden, dass mit Blick auf die eingeschränkten Ressourcen und vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, auf das auch das Projekt „Jugendhilfestrategien 2010“ aufsetze, an veränderten Strategien gearbeitet werde. Das gelte auch für die offene Jugendarbeit. Intern arbeite die Verwaltung des Jugendamtes bereits an ersten Überlegungen, damit auch in Zukunft die qualitativ hochwertige Arbeit aufrechterhalten werden kann. Für die Vorstellung der Szenarien würde er eine der nächsten Sitzungen nach der Haushaltsverabschiedung vorschlagen.

Frau **Lungenhausen** meinte, dass es aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes wichtig sei, sich mit der Entwicklung von Szenarien zu befassen, damit die Jugendarbeit aufrechterhalten bleiben kann.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 4.

Bericht über die Ferienaktionen 2002

Herr **Dunker** berichtete über die Ferienaktionen 2002. Im Jugendfreizeitzentrum Kamen sei eine Stadt aufgebaut worden, Mini-Kamen, in der Kinder im Alter zwischen 6-12 Jahren die Möglichkeit hatten, den Ablauf in einer Stadt kennen zu lernen. Die Kinder mussten sich hierzu morgens beim Arbeitsamt für einen Beruf melden und bekamen am Ende Mini-Moos ausgezahlt, mit dem Essen und Getränke im Jugendzentrum bezahlt werden konnten. Am Nachmittag wurden dann Ausflüge in das „normale“ Arbeitsleben unternommen. Am Mini-Kamen haben ca. 50 Kinder teilgenommen.

Des Weiteren fand für Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Spielplatz an der Händelstraße ein Beachvolleyball-Turnier statt, an dem 10 Mannschaften teilnahmen. Darüber hinaus gab es jede Menge weitere Angebote, die von den Jugendzentren organisiert wurden. Auch dieses Jahr wäre von den Mitarbeitern des Jugendzentrums Heeren eine Freizeit nach Schweden durchgeführt worden, an der 13 Jungen und 13 Mädchen teilgenommen hätten.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, inwieweit Kontakt mit anderen Trägern hergestellt wurde, um auch ein bestimmtes Klientel in andere Freizeiten freier Träger zu vermitteln.

Herr **Dunker** antwortete, dass zu diesem Zweck extra Gespräche mit den Trägern stattgefunden hätten um zu reservieren. Diese Möglichkeit der Reservierung hätte bis Februar bestanden, sei jedoch aber nicht in Anspruch genommen worden.

Herr **Kaczmarek** fragte, warum die Plätze für dieses Klientel nur bis Februar bereitgestanden hätten und nicht zeitnah vermittelt worden wären.

Herr **Dunker** entgegnete, dass diese Vereinbarung getroffen worden wäre, damit den freien Trägern keine finanziellen Kosten entstehen. Aufgrund dieser Schwellenängste müsste es auch in Zukunft städtische Freizeiten geben.

Herr Weber verließ um 18.35 Uhr die Sitzung.

Zu TOP 5.

177/2002 Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2002

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, inwieweit die im Rat beschlossene Haushaltssperre von 20 % in der Beschlussvorlage auch bei der Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt worden sei.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass in der Beschlussvorlage ein Betrag für die Durchführungen und Veranstaltungen der Jugendzentren vorgesehen sei, der den 20 % entsprechen würde und in den Gesamtetat des Fachbereiches Jugend fließen würde. Er habe darauf auch bereits in der Sitzung des Rates am 04.07.02 hingewiesen.

Herr **Büchel** fragte, in welchen Räumen sich die Deutsch-Türkische Begegnungsstätte jetzt befinden würde.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass diese sich in den Räumen der Hauptschule befinden würde.

Frau **Jacobsmeier** bat um Erläuterungen zu den Punkten 9 und 11, da nach ihrer Meinung z.B. der Punkt Anschaffung von Fachbüchern für die Deutsch-Türkische Begegnungsstätte fragwürdig sei.

Herr **Brüggemann** entgegnete, dass die Anträge alle geprüft wurden und in dem Fall der Deutsch-Türkischen Begegnungsstätte das Geld nicht nur unmittelbar für die Anschaffung von Fachbüchern beantragt worden sei.

Beschluss:

Den antragstellenden Kirchengemeinden, Verbänden und Vereinen werden folgende Zuschüsse gewährt:

1.)	**Der Paritätische Wohlfahrtsverband** für den Aufbau eines frei gemeinnützigen Sozialverbandes in der Wodjewodschaft Schlesien	**500,00 €**
2.)	**Evangelische Kirchengemeinde Kamen** Förderung der Jugendarbeit im Bereich „Eine-Welt-Arbeit“	**890,69 €**
3.)	**Evangelische Kirchengemeinde zu Heeren-Werve** Zur Förderung einer Partnerschaft zur Kirchengemeinde Tabata in Dar-es-Saalam	**890,69 €**
4.)	**Frauenplenum Kamen e.V.** für ein interkulturelles Begegnungswochenende und ein Sommerfest	**890,69 €**
5.)	**Arbeiterwohlfahrt** Förderung des Projektes „Kindergarten“ in Toplet Rumänien	**890,69 €**
6.)	**Katholische Kirchengemeinde Heilige Familie** Unterstützung von Entwicklungsprojekten auf der Insel Nias/ Indonesien	**890,69 €**
7.)	**Jugendfeuerwehr Kamen-Heeren** Projekt zur Unterstützung eines „Eine-Welt-Projektes“ im Senegal	**300,00 €**
8.)	**Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde** Zur Förderung „Eine-Welt-Arbeit“ (Besuch der weißrussisches Stadt Kostenewitschi/ Vijeka, Förderung von Aktivitäten der „Eine-Welt-AG“)	**890,69 €**
9.)	**Zivilcourage für Kamen** Unterstützung von Veranstaltungen zur interkulturellen Vernetzung (z.B. Interkultureller Trommelworkshop)	**890,69 €**
10.)	**Katholische Kirchengemeinde St. Marien Kaiserau** Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde „St. Franziskus von Assisi“ in Senkrata/El Alto in Bolivien	**890,69 €**
11.)	**Deutsch-Türkische-Begegnungsstätte** zur Finanzierung von Nachhilfeunterricht und Fachbüchern	**890,69 €**

12.) Kolpingsfamilie **890,69 €**
Für die Finanzierung von Öffentlichkeitsarbeit, Wochenendseminare und Verkaufsaktionen von Eine-Welt-Projekten

13.) Jugendzentren der Stadt Kamen **2.400,00 €**
Veranstaltungen, Projekte und Öffentlichkeitsarbeit

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

178/2002 Antrag der Kath. Kirchengemeinde "St. Marien", Kamen-Methler, auf Gewährung eines Zuschusses zu den Betriebskosten des Jugendfreizeitheimes mit TOT.

Beschluss:

Der Kath. Kirchengemeinde „St. Marien“, Kamen-Methler, ist für das Jugendfreizeitheim mit TOT ein Zuschuss in Höhe von 1.030,00 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen

7.1.1 Herr **Brüggemann** teilte mit, dass die ersten Vorbereitungen für die Ferienfreizeit für das kommende Jahr getroffen werden. Dies gehe aber nicht ohne kommunale Mittel. Es werde auch geprüft, die Freizeit nächstens Jahr in der polnischen Partnerstadt durchzuführen. Zur Zeit werden noch verschiedene Modelle geprüft, wie z.B. die Durchführung der Freizeit mit anderen Kommunen oder die Durchführung durch private Anbieter. Er könne aber nicht ausschließen, dass erneut eine jugendamtseigene Freizeit nach Schweden führen werde.

7.1.2 Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass der Sitzungstermin vom 19.11.02 auf den 05.12.02 verlegt wird.

Des Weiteren wies Herr **Brüggemann** darauf hin, dass es am 10.10.02 einen zusätzlichen Sitzungstermin geben wird.

7.1.3 Herr **Brüggemann** teilte mit, dass, nach Anfrage von Herrn Brinkmann, die Stangen der Beachvolleyballanlage in Methler mehrfach gerichtet worden seien. Der Bauhof würde dies regelmäßig kontrollieren. Es sei zu prüfen, ob ein Mittel gefunden werde, um ein Verbiegen der Stangen zu verhindern.

7.1.4 Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass Frau Krause vom Ev. Kindergarten an der Kämerstraße, wie auch andere evangelische Einrichtungen, das Bielefelder-Screening Verfahren durchgeführt hätte. Dabei handele es sich um ein Testverfahren, um frühzeitig Lese- und Rechtschreibschwächen bei Kindern zu erkennen. Die Verwaltung beabsichtige, das Verfahren auch für die anderen Träger zu kommunizieren.

7.1.5 Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass der Stadt Kamen bezüglich der Förderung von Angeboten zur Sprachförderung im Elementarbereich 8 Sprachkurse für die Kindertageseinrichtungen bewilligt worden wären, die im Oktober beginnen würden.

Nachrichtlich: Durch den Änderungsbescheid des Landes vom 13.09.2002 wurde die Zahl der bewilligten Sprachkurse von 8 auf 10 erhöht.

7.1.6 Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass für die Spielplatzmaßnahmen Claudiusstraße, Fritz-Erler-Straße und Am Lehmacker mit dem Bewilligungsbescheid zu rechnen sei, damit die Maßnahmen noch im Herbst beginnen können.

7.1.7 Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass die Ev. Kirchengemeinde Methler aufgrund der hohen Anfrage eine weitere Wichtelgruppe ohne finanzielle Zuschüsse der Stadt Kamen eröffnet habe. Zur Zeit sei man darum bemüht, für diese eine Betriebserlaubnis beim Land zu beantragen.

7.1.8 Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass die Erziehungsberatungsstelle eine offene Sprechstunde eingerichtet hätte. Des Weiteren gäbe es regelmäßig Gespräche mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst und den Schulen zum Thema Diskalkulie und Legasthenie. Darüber hinaus solle eine halbe Stelle mit Zeitvertrag in eine dauerhafte Stelle umgewandelt werden. Das stehe aber unter dem Vorbehalt der Haushaltsentwicklung der an der Erziehungsberatungsstelle beteiligten Kommunen.

7.1.9 Herr **Dunker** wies auf die Jugendkulturwerktage am 27./ 28.09.2002 hin. Dieses Jahr fänden die Kulturwerktage in der Stadthalle mit dem Thema „Guck in den Kasten“ statt, bei dem die Jugendlichen 20X20X20 cm große Kästen gestalten sollten. Eine Ausstellung der Werke sei für November im Museum geplant.

7.1.10 Herr **Dunker** teilte mit, dass am 21.09.2002 eine Veranstaltung des Stadtjugendringes zum Weltkindertag stattfände.

7.2 Anfragen

7.2.1 Herr **Theis** erkundigte sich, wie es möglich sei, dass 8 Hortkinder in der AWO Kindertageseinrichtung Villa Lach und Krach in Kamen Heeren betreut würden, ohne dass Personal dafür bereit gestellt würde.

Herr **Güldenhaupt** entgegnete, dass die Träger für die Personalbereitstellung verantwortlich seien. Er versprach jedoch dieses zu prüfen.

B. **Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer